

Vor der zweiten Verhandlungsrunde

Erste Warnstreiks und Demonstrationen



Willi Russ bei der Kundgebung in Flensburg

Die Einkommensrunde 2016 für die Beschäftigten von Bund und Kommunen hat am 21. März 2016 begonnen. Die Arbeitgeber haben von Anfang an erklärt, dass für sie unsere Forderungen nicht diskutabel sind und es einen Abschluss in dieser Höhe nicht einmal im Ansatz geben werde! Die kommunalen Arbeitgeber fordern zudem massive Verschlechterungen bei der Zusatzversorgung.

Deshalb hatte der dbb vor der zweiten Verhandlungsrunde am 11. und 12. April 2016 deutschlandweit zu Warnstreiks aufgerufen.

Rostock

Mit einer Protestkundgebung haben Arbeitnehmer und Beamte am 4. April 2016 ihre Kritik an der Verzögerungstaktik der Arbeitgeberseite zum Ausdruck gebracht. „Wir sollten die enormen Vorleistungen im Blick haben, die die Beschäftigten bei Bund und Kommunen seit Monaten erbringen – nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Flüchtlingssituation. Dadurch türmen sich immer höhere Überstundenberge auf“, sagte der Verhandlungsführer und Zweite Vorsitzende des dbb, Willi Russ. Stattdessen werde seitens der kommunalen Arbeitgeber sogar mit Eingriffen in die betriebliche Altersversorgung gedroht. „Dazu sagen wir klipp und klar: Pfoten weg von Leistungseinschnitten bei der Zusatzversorgung!“ Der Landesvorsitzende des dbb mecklenburg-vorpommern, Dietmar Knecht, kritisierte, dass der Nachholbe-





darf der Kolleginnen und Kollegen bei Bund und Kommunen von der Arbeitgeberseite bestritten wird: „Wer so argumentiert, setzt die Funktionstüchtigkeit des öffentlichen Dienstes aufs Spiel!“ Im Vorfeld der Kundgebung teilte der Landesvorstand des dbb mecklenburg-vorpommern die Forderungen und den Unmut der Beschäftigten dem Rostocker Oberbürgermeister und Präsidenten des KAV-Mecklenburg-Vorpommern, Roland Methling, mit.

Bremerhaven

Am 5. April 2016 bekräftigten zahlreiche Beschäftigte vor dem Stadthaus in Bremerhaven ihre Unterstützung für die von den Gewerkschaften erhobene Forderung von 6 Prozent mehr Einkommen. „Wie die nächste Verhandlungsrunde am 11. und 12. April 2016 verlaufen wird, ist völlig offen. Deshalb ist es wichtig, dass Sie heute gekommen sind, um Flagge zu zeigen“, rief der Landesvorsitzende des dbb bremen, Jürgen Köster, den Kundgebungsteilnehmern zu. „Wir sind unsere 6 Prozent wert! Denn auch wenn der Staat derzeit dank guter Steuereinnahmen im Geld schwimmt, seine Beschäftigten tun es nicht“, stellte der stellvertretende Vorsitzende der dbb Bundestarifkommission, Siegfried Damm, klar. „Nehmen Sie die heute gezeigte Entschlossenheit mit in die Dienststellen, zeigen Sie Ihren Unmut, wenn die Verhandlungen weiter verschleppt werden“, ermunterte der Vorsitzende des dbb Ortsverbands Bremerhaven, Ralf Manning, die Kundgebungsteilnehmer.

Fulda

Auch in Fulda traten Arbeitnehmer am 6. April 2016 in den Warnstreik, um ihrem Protest angesichts der ablehnenden Arbeitgeberhaltung Ausdruck zu verleihen. „Wertschätzung sieht anders aus“, kritisierte Siegfried Damm, „wenn die Arbeitgeber nur mit wenig warmen Worten antreten, braucht sich niemand wundern, dass wir unserem Ärger umgehend Luft machen. Der öffentliche Dienst liefert Tag für Tag rund um die Uhr spitzenmäßige Leistungen ab, unter dem Zuwanderungsschub der vergangenen Monate mehr denn je. Wir haben geliefert – jetzt sind die Arbeitgeber dran!“ Auch Heini Schmitt, Vorsitzender des dbb Hessen, unterstrich die Leistungen der Beschäftigten und appellierte direkt an die kommunalen Arbeitgeber, „abzulassen von Plänen, in Gestalt von Leistungseinschnitten bei der betrieblichen Altersvorsorge auch noch in die Tasche der Kolleginnen und Kollegen zu greifen. Das wird es mit uns nicht geben. Basta!“ Die dbb jugend-Vorsitzende, Sandra Kothe, warnte vor einer „schlechten Signalwirkung“ für die Nachwuchsgewinnung des öffentlichen Dienstes, sollten die Arbeitgeber nicht bald ein deutliches Zeichen der Wertschätzung setzen: „Insbesondere die





jüngeren Kolleginnen und Kollegen wollen konkrete Perspektiven in puncto Einkommen und Beschäftigungsbedingungen sehen, dazu zählt vor allem auch die Frage der Übernahme nach der Ausbildung!“

Erfurt

Um ihre Forderungen vor der nächsten Runde zu untermauern, sind auch Beschäftigte in Erfurt am 6. April 2016 auf die Straße gegangen. Die Teilnehmer machten auf Transparenten und in Sprechchören vor dem Rathaus deutlich, dass sie Verhandlungsergebnisse statt Hinhaltenaktiken erwarten. „Deutschland hatte 2015 Rekord-Steuereinnahmen – daran müssen auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen teilhaben!“, rief der stellvertretende Vorsitzende der dbb Bundestarifkommission, Jens Weichelt, den Demonstranten zu. „Es kann nicht sein, dass wir in Potsdam wie lästige Bittsteller abgespeist werden sollen. Wir werden gemeinsam für unsere Forderungen kämpfen, denn sie bedeuten auch Wertschätzung und Anerkennung für unsere Arbeit“, begründete Jens Weichelt die Forderungen des dbb.

Salzgitter

Den Verzicht auf verbale Allgemeinplätze und eine angemessenere Bewertung ihrer Leistungsfähigkeit haben Beschäftigte am 7. April 2016 in Salzgitter gefordert. „Wir wollen hier und heute klarstellen, dass wir in der zweiten Tarifrunde am 11. und 12. April 2016 mehr von den Arbeitgebern erwarten als ausweichende Argumente wie ‚die finanziellen Spielräume sind begrenzt‘ oder ‚für den öffentlichen Dienst gibt es keinen Nachholbedarf‘: Sie lenken ab und lassen das Wesentliche unerwähnt“, brachte der stellvertretende Vorsitzende der dbb Bundestarifkommission, Andreas Hemsing, den Unmut der Kundgebungsteilnehmer auf den Punkt. Friedhelm Schäfer, Landesvorsitzender des NBB Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion, ließ keinen Zweifel, dass die Tarifbeschäftigten mit der Unterstützung der Beamtenschaft rechnen können. „Die beamteten Kolleginnen und Kollegen des Landes Niedersachsen und seiner Kommunen stehen solidarisch zu den Warnstreikenden“, so Schäfer. NBB-Landesjugendleiter, Mario Römer, nahm die Situation der jungen Beschäftigten in den Blick: „Ich fordere die Arbeitgeber auf, endlich langfristig zu planen, den Arbeitsbedarf mit Stellen zu unterfüttern und dem Nachwuchs die Chancen zu geben, die ihm zustehen.“

Flensburg

750 Bundes- und Kommunalbeschäftigte sind am 7. April 2016 in Flensburg auf die





Straße gegangen. Die Teilnehmer, darunter Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung und des Kraftfahrt-Bundesamts, zogen mit Transparenten durch die Innenstadt und machten auf der Abschlusskundgebung deutlich, dass sie Verhandlungsergebnisse erwarten. „Dem öffentlichen Dienst fehlt an allen Ecken und Enden Personal. Die Arbeitgeber von Bund und Kommunen werden die Attraktivität der Arbeitsplätze nicht steigern, indem sie Beschäftigte wie Bittsteller behandeln und dem Nachwuchs zeitgemäße Einkommens- und Beschäftigungsbedingungen verweigern“, sagte dbb Verhandlungsführer Willi Russ. komba Landeschef Christian Dirschauer: „Wir wollen, dass Befristungen endlich verschwinden und junge Menschen nach erfolgreich absolvierter Ausbildung auch in den Dienst übernommen werden. Anders kann der Personalbedarf im öffentlichen Dienst nicht mehr lange gedeckt werden!“



Der dbb hilft!

Unter dem Dach des **dbb beamtenbund und tarifunion** bieten kompetente Fachgewerkschaften mit insgesamt mehr als 1,2 Millionen Mitgliedern den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und seiner privatisierten Bereiche Unterstützung sowohl in tarifvertraglichen und beamtenrechtlichen Fragen, als auch im Falle von beruflichen Rechtsstreitigkeiten. Nur Nähe mit einer persönlichen und überzeugenden Ansprache jedes Mitglieds schafft auch das nötige Vertrauen in die Durchsetzungskraft einer Solidargemeinschaft.

Der dbb beamtenbund und tarifunion weiß um die Besonderheiten im öffentlichen Dienst und seiner privatisierten Bereiche. Nähe zu den Mitgliedern ist die Stärke des dbb. Wir informieren schnell und vor Ort über www.dbb.de, über die Flugblätter **dbb aktuell** und unsere Magazine **dbb magazin** und **tacheles**.

Mitglied werden und Mitglied bleiben in Ihrer zuständigen Fachgewerkschaft von **dbb beamtenbund und tarifunion** – es lohnt sich!



Bestellung weiterer Informationen

Name

Vorname

Straße

PLZ/Ort

Dienststelle/Betrieb

Beruf

Beschäftigt als:

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> Tarifbeschäftigte/r | <input type="checkbox"/> Azubi, Schüler/in |
| <input type="checkbox"/> Beamter/Beamtin | <input type="checkbox"/> Anwärter/in |
| <input type="checkbox"/> Rentner/in | <input type="checkbox"/> Versorgungsempfänger/in |
- Ich möchte weitere Informationen über den dbb erhalten.
- Ich möchte mehr Informationen über die für mich zuständige Gewerkschaft erhalten.
- Bitte schicken Sie mir das Antragsformular zur Aufnahme in die für mich zuständige Gewerkschaft.

Ich bin mit der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung meiner Daten, die zur Erfüllung der Aufgaben und Zwecke des dbb und seiner Mitgliedsgewerkschaften notwendig sind, einverstanden.

Datum / Unterschrift _____

Unter dem Dach des dbb bieten kompetente Fachgewerkschaften eine starke Interessenvertretung und qualifizierten Rechtsschutz. Wir vermitteln Ihnen gern die passende Gewerkschaftsadresse.
dbb beamtenbund und tarifunion, Geschäftsbereich Tarif, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin, Telefon: 030.4081-5400, Fax: 030.4081-4399, E-Mail: tarif@dbb.de, Internet: www.dbb.de